EVP-Nationalrätinnen
Maja Ingold ZH maja.ingold@parl.ch 079 339 23 22
Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57

Sessionsbericht

Nr. 14 Winter 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Session fing einmal mehr musikalisch an. Maja kam mit der Geige in Bern an. Marianne wirkte im kleinen Chor. Die Bundeshausband trat wieder in Aktion, diesmal mit Sina!
Am ersten Sessionstag wurden wie jedes Jahr die Rats-Präsidien neu bestellt. Der Luzerner CVP-Politiker Ruedi Lustenberger, - unser Ruedi - leitet für die nächsten zwölf Monate die Sitzungen des Nationalrats und ist damit formell höchster Schweizer. Die grosse Kammer wählte ihn mit 175 Stimmen zu ihrem Präsidenten. Er verstehe sich eher als Handwerker denn als Künstler der Politik, sagte der Schreinermeister Lustenberger. "Als Politiker bauen wir die Schweiz von morgen", sagte er. Die Kundinnen und Kunden seien die Bürger des Landes: "Für sie wollen wir gute Arbeit leisten." Wie jedes Jahr begleitete die Festgesellschaft aus Parlamentariern, Mitglied des Bundesrates, inkl. Weibeln, vielen andern Magistratspersonen aus Kantonen und Gemeinden, Freunden und natürlich die Familie den frisch gebackenen Ratspräsidenten in seine Heimat, diesmal ins Entlebuch. Im Festzelt in Romoos probte die Band mit Sina, lang bevor die Festgesellschaft ankam. Es ist beglückend, wenn man andere beglücken kann, Ruedi war es!

IN DIESEM BERICHT

Präsidentenfest Lustenberger 1
Wahl Bundespräsident 2
Budget 2
Mindestlohninitiative 3
Marianne: Menschenhandel 4
Treffen Religionsfreiheit 4
Freihandelsabkommen China... 5
Parlamentarier-Mandate.....5
Risikoselektion Krankenkassen... 6
Vorstösse 6

„De Ruedi isch dä Präsident vo üsem höche Rat. Vo Bern bis hi is Entlebuch sind all zum Fäscht parat“.

„Die Schweiz und die Welt“ - das Motto des frisch gewählten Bundespräsidenten

Die Bundesversammlung wählte am 4. Dez. Didier Burkhalter mit glanzvollem Resultat von 183 Stimmen zum Bundespräsidenten. Blick am Abend titelte: Grosses Mehr für graue Maus. Es galt für „Georges Clooney der Schweizer Politik“, wie er gelegentlich schmeichelhaft bezeichnet wird, dabei meidet er das Scheinwerferlicht. Für viele ist er vielleicht eine graue Maus und ein Langeweiler. In Tat und Wahrheit hat er mit seiner EU-Offensive einen Polit-Kracher der Sonderklasse gezündet. Wer weiss wohin uns das noch führen wird, was seine Vision der bilateralen Zusammenarbeit im Konfliktfall vorsieht. Fremde Richter, in seinem Verständnis fremde Gutachter, sollen zwischen der Schweiz und der EU entscheiden. Bei der kurzen Pressekonferenz nach der Wahl ging Burkhalter kurz auf seine Ziele für sein Präsidialjahr ein. Die Schweiz und die Welt, sein Motto, signalisiert andere Prioritäten als die seines Vorgängers. Die gleichzeitige OSZE-Präsidentschaft bedeute ausserdem grosse Verantwortung. Bei diesem anspruchsvollen Programm wird sich der neue Bundespräsident vielleicht nicht ganz so viel an Volksfesten zeigen wie sein Vorgänger.

Mit Rasenmäher zu Budgetkürzungen

Jedes Jahr nimmt der Voranschlag viel Raum ein in der Wintersession und muss mit dem Ständerat zur Einigung kommen. Als Bundesparlamentarier und –parlamentarierinnen sind wir vermutlich alle auch damit befasst was auf den andern politischen Ebenen geht. Da mutet die ganze Budgetdebatte des Bundesparlamentes reichlich abgehoben an verglichen mit den handfesten Finanzproblemen und düsteren Finanzplänen der Gemeinden und Kantone. Dort werden unpopulärste Sparpakete diskutiert und über unvermeidliche einschneidende Kürzungen gestritten mit Lohnsenkungen der Verwaltung, Stellenabbau, Einstellung des Winterdienstes wie auch Steuererhöhungen. Im Nationalrat geht es darum, wie wichtig es ist, auf der sicheren Seite zu sein. Der Finanzhimmel des Bundes ist allerdings nicht mehr wolkenlos. Zwar steht kein Donnerwetter bevor, denn nächstes Jahr wird der Bund noch ohne grössere Schwierigkeiten wirtschaften können. Doch für die Zeit danach sind die Prognosen unsicher. Vorsorge hätte das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket KAP geleistet, das der Nationalrat abgeschmettert hat. Warum? Die einen machten auf „Katastrophismus“, warnten vor den Folgen der Unternehmenssteuerreform lll und wachsendem Konkurrenzdruck von Asien und nutzten die Gelegenheit, wieder einmal ihre Absicht durchzusetzen, bei Bildung und Entwicklungszusammenarbeit zu sparen. Die andern fragten, ob der Bund überhaupt sparen muss und erachteten die Schuldenbremse als taugliches Instrument, den Bundeshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Beides war abzuwägen. Das dümmste ist immer, die Ablehnung aus entgegengesetzten Gründen durchzufechten, und dann linear, rasenmähermässig, Budgetkürzungen durchzudrücken. So war mit dem Resultat niemand zufrieden bei allem Verständnis für die verschiedenen Interessenlagen.

HOMEPAGE DER EVP UND INFORMATIONEN ZUR NATIONALEN POLITIK

www.evppev.ch

Parlamentarische Vorstösse Nationalrätinnen

Klicken Sie:

- www.evppev.ch
- Schnellzugriff
- Die EVP im Nationalrat
- Parlamentarische Vorstösse im Nationalrat

Mindestlohn-Volksinitiative

Die Volksinitiative verlangt, dass der Bund als zwingende Lohnuntergrenze einen gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe von 22 Franken pro Stunde festlegt. Das entspricht bei einer 42-Stunden-Woche einem Monatsgehalt von 4000 Franken. Die Initianten wollen mit ihrer Initiative dafür sorgen, dass alle Arbeitnehmenden in der Schweiz von ihrem Lohn leben können. Sie hoffen, die Armut zu verringern, Lohnunterbietung zu bekämpfen und zugleich den sozialen Frieden in der Schweiz zu wahren.
Der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit beantragten die Ablehnung der Volksinitiative ohne Gegenvorschlag. Sie vertreten die Meinung, dass das Erfolgsmodell Schweiz nicht mit staatlichen Eingriffen gefährdet werden darf. Der flexible, anpassungsfähige Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Pfeiler unseres Wohlstands. Hohe Erwerbsquote, tiefe Arbeitslosigkeit und ein hohes Lohnniveau sind die positiven Ausprägungen unserer Wirtschaftspolitik.
Die Kommissionsmehrheit sieht in der Volksinitiative auch einen Angriff auf das hochgelobte duale Bildungssystem. Votum Noser: „Stellen Sie sich vor, ein Schulabgänger verdient 4000 Franken pro Monat. Was soll ihn veranlassen, eine Lehre zu absolvieren und vier Jahre lang deutlich weniger zu verdienen? Und was soll die Betriebe motivieren, beispielsweise zweijährige Attestausbildungen anzubieten, wenn sie den Abgängern direkt nach der Ausbildung 4000 Franken bezahlen müssen, obschon die Wertschöpfung, die diese Abgänger erbringen, je nachdem deutlich tiefer ist?“
Es ist also nicht nur das Prinzip des Mindestlohnes, das bei der Kommissionsmehrheit auf Ablehnung stösst, sondern auch die Höhe des Mindestlohnes. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsplatzes Schweiz dürfte massiv leiden, wenn Mindestlöhne eingeführt werden, die 40 Prozent oder mehr über denjenigen anderer Staaten liegen. Ausserdem wird die Attraktivität der Schweiz für Zuwanderer steigen, der weltweit höchste Mindestlohn könnte einen noch stärkeren Sog auslösen als bisher.
Maja argumentiert noch aus einem andern Blickwinkel überzeugend gegen die Mindestlohnfixierung: „Wenn die unqualifizierte Arbeit verteuert wird, führt das notwendigerweise zu Kündigungen, zu einer nochmaligen Rationalisierungsstaffel und zur Reduktion der Zahl von Arbeitsplätzen. Dann können zwar einige Lohnbezüger besser von ihrem Lohn leben, andere sind dafür arbeitslos. Vor allem würde es mehr Druck auf die Arbeitsintegration von Jugendlichen ohne Berufserfahrung geben. Genau das ist die fragile Risikogruppe. Wenn wir es nicht schaffen, diesen jungen Erwachsenen eine Perspektive zu geben, werden sie zeitlebens vom Staat abhängig bleiben. Das wäre auch volkswirtschaftlich gesehen der allergrösste Fehler. Lehnen Sie diese Initiative ab! Sie erfüllt die Forderungen nicht, und sie hält nicht, was sie verspricht. Votum Maja Ingold

Flexible Teillohnmodelle für die Wiederintegration im Arbeitsmarkt .
Für die Wiederintegration in den Arbeitsmarkt braucht es eben flexible Teillohnmodelle, in denen die Arbeitgeber solche schwer vermittelbaren Personen anstellen zu Lohnbedingungen, die der erarbeiteten Leistung entsprechen und von der Sozialhilfe ergänzt werden und nicht einfach 4000 Franken betragen. Heute bleiben ausgesteuerte Langzeitarbeitslose in der Sozialhilfe hängen und verursachen alarmierende Steigerungen der Sozialkosten. Es sind die Vergessenen der Gesellschaft: Sie figurieren nicht mehr in der Arbeitslosenquote, und sie bekommen auch keine IV, weil sie dafür zu wenig krank sind. Aber sie sind auch zu wenig gesund, um von einem Arbeitgeber zu einem Mindestlohn von 4000 Franken angestellt zu werden.Die Mindestlohn-Initiative erschwert eben solche Entschädigungsvereinbarungen. In der Initiative heisst es: „Für besondere Arbeitsverhältnisse sollen Ausnahmeregelungen möglich sein, beispielsweise bei Massnahmen für die Eingliederung von Behinderten“. Das ist administrativer Unsinn und verhindert nicht, dass die Arbeitgeber abwinken, den administrativen Aufwand meiden und die Langzeitarbeitslosen der gesellschaftlichen Desintegration und Isolation überlassen.
Dann sind da bekanntlich auch noch die 17 000 IV-Beziehenden, die man mit der IV-Revision 6a wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern will. Je fixer die Löhne festgesetzt sind, desto weniger werden die Arbeitgeber bereit sein, Arbeitsversuche einzugehen und vor allem unbefristete Arbeitsverträge anzubieten, die wirklich die IV entlasten würden. ***Eine Volksinitiative, die Armut bekämpfen will, darf erstens die Erwerbsquote nicht gefährden und muss zweitens die Flexibilität der Arbeitgeber erhalten, damit diese mit weniger leistungsstarken, aber erwerbsfähigen Personen faire und kluge Lohnvereinbarungen treffen können.***

„So hatte ich mir diese Session weder vorgestellt noch gewünscht“ (Marianne Streiff)

Praktisch zeitgleich mit dem Sessionsbeginn geriet Marianne schweizweit in die Schlagzeilen vieler Medien. Interviews, Begegnungen, Radio- und TV-Auftritte und haufenweise Korrespondenzen füllten die ohnehin durchprogrammierten Sessionstage.

Was ist passiert? Sie erinnern sich: im November dieses Jahres wurden fehlbare Beamte der Sittenpolizei Zürich verhaftet und z.T. unter Strafanklage gestellt. Eine Zeitung hat sich daraufhin an Mariannes Postulat gegen den Menschenhandel erinnert, welches sie im Dezember 2012 eingereicht hat. Dieses beauftragt den Bundesrat, einen Bericht zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck sexueller Ausbeutung zu erarbeiten. 43 Parlamentsmitglieder von rechts bis links unterzeichneten den Vorstoss.

Im März 2013 wurde dieser diskussionslos und ohne mediales Echo überwiesen. Der Bericht soll dereinst die Auswirkungen eines allfälligen Prostitutionsverbotes aufzeigen. Soweit die Fakten. Medial wird seither die Sachlage so dargestellt als hätten Marianne und die Mitunterzeichnenden ein Verbot der Prostitution verlangt. Dieses hat sie medial richtiggehend überholt.

Marianne: „Für was ich einstehe, ist in erster Linie der Kampf gegen den Menschenhandel!

Mit der Liberalisierung der Prostitution haben Menschenhandelsströme aus den osteuropäischen Ländern und aus Brasilien stark zugenommen. Ich fordere die Möglichkeit, die Auswirkungen des schwedischen Modells zu erforschen – und dann hoffentlich Lösungen zur Unterbindung des Menschenhandels zu finden. In Schweden werden die Freier bestraft – das Gewerbe wird also mit den Augen der betroffenen Frauen betrachtet. Diese Praxis geniesst in der Bevölkerung eine grosse Zustimmung. Über 70 Prozent der Schwedinnen und Schweden sind gegen die Prostitution.

Mit meinem Postulat fordere ich vom Bundesrat einen Bericht, der Aufschluss gibt über die Erfahrungen anderer Länder mit der Bekämpfung des Menschenhandels und einem Prostitutionsverbot. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie durchsetzbar und wirksam allenfalls ein solches Verbot sei und was die Folgen sind für die betroffenen Frauen. Vor allem jedoch soll der Bericht aufzeigen, welchen Einfluss ein solches Verbot auf die Bekämpfung des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung hat.

Ob aufgrund dieses Berichtes das Parlament je ein Prostitutionsverbot diskutieren wird, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Der Erbärmlichkeit des verwerflichen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung von rechtlosen Frauen muss jedoch entschieden entgegengetreten werden. Mit allen möglichen Mitteln“.

Treffen des überparteilichen Netzwerks Religionsfreiheit mit dem Ägyptischen Botschafter

Während der Session traf Marianne mit anderen Mitgliedern des Netzwerks Religionsfreiheit den ägyptischen Botschafter, um ihn für die Bedürfnisse der koptischen und allenfalls auch anderer religiöser Minderheiten zu sensibilisieren. Dabei ging es unter anderem um den physischen Schutz der Menschen und ihres Eigentums und um den Wiederaufbau der Kirchen nach den Unruhen vom Juli 2013 im Zusammenhang mit der Machtübernahme durch General Sisi. Das Gespräch fand in guter Atmosphäre statt und wir hoffen, dass es für die weitere Zusammenarbeit Frucht bringt.

Freihandelsabkommen mit China: Zielkonflikt Wirtschaftsinteressen gegen Menschenrechte

Es ist sicher nicht zu bestreiten, dass das FHA mit China zu einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte werden kann. China ist als zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt und als drittwichtigster Handelspartner der Schweiz ein bedeutender Auslandmarkt für die Schweizer Wirtschaft. Mit dem FHA werden die Zölle auf dem grössten Teil des bilateralen Handels vollständig oder teilweise abgebaut. Im Hinblick auf eine kohärente, auf die Grundsätze der internationalen Beziehungen und die Zielsetzung der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtete Umsetzung des FHA sind in der Präambel Grundwerte und Prinzipien unter anderem der UNO und des Völkerrechts verankert. Das FHA verweist auf ein Zusatzabkommen über die Zusammenarbeit in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, das aber nicht explizit mit dem FHA verbunden ist. Es erinnert an die Verpflichtungen als Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), schreibt deren Kernarbeitsnormen aber nicht als Voraussetzung für den Freihandel vor. Damit fällt das China-FHA weit hinter alle Abkommen der Schweiz zurück, die in jüngster Zeit abgeschlossen wurden, auch wenn Bundesrat Schneider-Ammann beteuerte, die Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte „prominent verhandelt" zu haben.
China steht in regelmässigen Abständen am Pranger von Menschenrechtsorganisationen. Unterdrückung ethnischer Minderheiten (ZB. Tibet), Produktion billiger Produkte aus Zwangslagern, Kinderarbeit, miserable Arbeitsbedingungen oder eine rigorose Zensur: die Verletzungen sind systematisch und betreffen eine breite Palette von Grundrechten. Das FHA nimmt darauf jedoch keinen Bezug. Aus menschenrechtlicher Sicht ist das Abkommen ein Rückschritt gegenüber den in letzter Zeit abgeschlossenen FHA der Schweiz. Aus allen diesen Gründen stimmten die EVP-Nationalrätinnen für Rückweisung des Abkommens mit dem Auftrag, wenigstens in einem verbindlichen Zusatzprotokoll die minimalen Bestimmungen zur Wahrnehmung von Menschen- und Arbeitsrechten inkl. Schiedseinrichtung festzusetzen.
In der Debatte wurden die Forderungen jedoch komplett den wirtschaftlichen Interessen geopfert, und die Ratsmehrheit wollte nichts wissen von einer andern Balance, die nicht einzig das Wirtschaftswachstum in den Vordergrund stellt, obwohl genau dieses Paradigma zu hinterfragen ist. Maja und Marianne haben schon 2011 in Smartvote das „Wahlversprechen" gegeben: Kein Freihandel ohne Menschenrechte! Sie werden es erfüllen, wie sie sich seit Anfang der Legislatur für Menschenrechte einsetzen. Wenn die vielen anderen Kolleginnen, die dieses gemäss www.fairchina.ch gegeben haben, alle ihre eingelöst hätten, wäre die Rückweisung gelungen.

„Zahl der Mandate bei Parlamentariern steigt" (20 Minuten 5. 12. 13)

Eine Auswertung des Beobachters zur Halbzeit der Legislatur zeigt, dass sich die Zahl der Mandate (Verwaltungsräte etc.) innert 2 Jahren um 147 auf 1849 erhöht hat. Das ergibt einen Pro-Kopf-Durchschnitt von 7,5 Mandaten. Das ist hochproblematisch. Es ist unbestritten, dass, wer Zehntausende Franken von Krankenkassen oder Banken pro Jahr für die Vertretung kassiert, verliert seine Unabhängigkeit. Niemand kann erzählen, dass er gegen die Interessen seines Geldgebers stimmt. Durch die Vielzahl von Mandaten wird das Parlament immer mehr fremdbestimmt. Es fehlt die Transparenz. Die EVP ist mit Marianne und Maja weit unter dem Durchschnitt. Sie sind nur in gemeinnützigen Organisationen und nicht in Verwaltungsräten tätig (Präsidium Insos Schweiz, Präsidium Tearfund, Stiftungsrat Brot für Alle, Vizepräsidium Birdlife Schweiz, Geschäftsleitung von AWEPA = European Parliamentarians with Africa und Präsidium AWEPA Schweiz) .

Kampf der Risikoselektion der Krankenkassen

Heute ist diejenige Krankenkasse am erfolgreichsten, die kranke Versicherte am effizientesten vergrault. Erfolg hat auch, wer eine gute „Risikoselektion“ betreibt und mit Billigkassen, Maklern und Onlineangeboten „gute Risiken“ anzieht: junge gesunde Männer. Hingegen lohnt es sich für die Kassen zum Beispiel nicht, mit Ärzten effiziente Behandlungsangebote für chronisch Kranke wie Krebs- oder Diabetespatienten zu erarbeiten. Für eine Kompensation der unterschiedlichen Versichertenstruktur der Krankenkassen sorgt der Risikoausgleich. Dieser berücksichtigt Alter, Geschlecht und das erhöhte Krankheitsrisiko (gemessen am Aufenthalt von mehr als drei Tagen im Spital oder Pflegeheim im Vorjahr). Mit dem vom Nationalrat genehmigten Gesetz erhält der Bundesrat die Kompetenz, die Indikatoren für das erhöhte Krankheitsrisiko zu erweitern. Die SVP stellte sich dagegen. Der Risikoausgleich passe nicht zum System des Wettbewerbes. Die grosse Mehrheit jedoch ist überzeugt, dass gerade für einen fairen Wettbewerb die Spiesse gleich lang sein müssen.

Eingereichte Vorstösse Marianne Streiff und Maja Ingold

Link Vorstösse Marianne Streiff

Link Vorstösse Maja Ingold

Vorstösse Maja Ingold Wintersession:

- Interpellation: 500-Jahr-Reformationsjubiläum
- Interpellation: Interne Vertreibungen in Israel
- Fragestunde: Mindestlohnansätze für Hausangestellte
- Fragestunde: Freihandel mit Sozialstandards?

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir haben in dieser Dezembersession wieder einige thematische uns wichtige Schwerpunkte herausgegriffen in der Hoffnung, dass auch Sie das interessieren könnte.
In der wöchentlichen Besinnung wurden wir aufgefordert, adventlich zu politisieren. Auch das Bundeshaus hat uns jeden Morgen an den Advent erinnert mit dem wunderschönen gewaltigen Christbaum. Wir wünschen Ihnen allen frohe, lichtvolle Weihnachtstage und einen guten Rutsch in ein gesegnetes neues Jahr

Marianne Streiff und Maja Ingold